

1. MAI-ANSPRACHE 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Die Arbeitswelt ist «too big to fail»

Ist die Arbeitswelt, in den Augen des Bundesrats, «too big to fail»? Wie Ihr wisst, bezeichnet dieser Ausdruck die grossen Privatbanken, die jahrelang orgienhaft Boni und Dividenden ausschütten können und denen periodisch Berge von Schweizer Franken zustehen, wenn sie bankrottgehen. Sie werden als die Banken bezeichnet, die «too big to fail» sind, «zu gross, um zu scheitern».

Ein Maurer, eine Krankenpflegerin, ein Verkäufer, ein Zimmermann, eine Gabelstaplerfahrerin, eine Lehrerin, eine Verkäuferin, ein Händler, eine Elektrikerin, ein Busfahrer oder eine LKW-Fahrerin, alle, kurz gesagt, die Arbeitnehmende oder kleine Selbstständige sind, die viel arbeiten müssen, um gerade mal so die Fixkosten für ihre Familie bezahlen zu können, sie sind nach Ansicht des Bundesrats und der Mehrheit des Parlaments nicht «too big to fail», also nicht «zu gross, um zu scheitern». Ihrer Meinung nach ist diese ganze Arbeitswelt «small enough to fail», klein genug, um vergessen zu gehen.

Für die Credit Suisse setzen sie 259 Milliarden öffentlicher Gelder aufs Spiel. Für erwerbstätige Frauen hingegen erhöhen sie das Rentenalter und kündigen die baldige Abschaffung der Witwenrente an. Für erwerbstätige Männer und Frauen senken sie Pensionskassen-Renten und erhöhen die Beiträge. Aber auch eine weitere Krankenkassenprämienenerhöhung von rund zwei Milliarden kündigt sich für den Herbst an, steigende Mieten ab dem Sommer, eine Mehrwertsteuer-Erhöhung im nächsten Jahr. Und Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie, die weit über die offiziellen Inflationszahlen hinausgehen.

Wir stehen mitten in einer grossen Kaufkraftkrise, und sie droht sich in den kommenden Monaten zu verschärfen. Sie wird durch die Entscheidungen der Zentralbanken der Welt und unserer Schweizerischen Nationalbank angeheizt, die uns mit brutalen Zinserhöhungen in eine Rezession treiben.

Viele Arbeitgeberverbände wollen die Löhne nicht einmal an die Inflation anpassen. Im Gegenteil: Die Wirtschaftseliten fordern eine Erhöhung der Arbeitszeit und weitere Rentenaltererhöhungen. Sie beklagen den Fachkräftemangel und stellen Teilzeitarbeit in Frage. Sie halten die Menschen für faul und würden sie am liebsten zwingen, mehr zu arbeiten. Wir werden diese Pläne mit aller Kraft bekämpfen.

Die Menschen arbeiten schon so viel, wie sie überhaupt können. Die Schweizer Haushalte, die mittlerweile oft zwei Löhne brauchen, um überhaupt noch ihre Kosten bezahlen zu können, arbeiten heute zusammen viel mehr als in den vergangenen Jahrzehnten. Es sind also bessere Löhne

und Arbeitsbedingungen, die viele Branchen stattdessen brauchen, damit sie ihren Attraktivitätsverlust stoppen und den Fachkräftemangel beheben können.

Die Arbeitgeber fordern mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten, was vielen Frauen und Männern ermöglichen würde, ihre Erwerbsquote zu erhöhen. Sehr gut, wir haben eine Volksinitiative zu diesem Thema gestartet. Ihre Unterschrift ist sehr willkommen. Aber sie haben gerade erst mit einer hauchdünnen Mehrheit eine Erhöhung des Frauen-Rentenalters um ein Jahr durchgesetzt. Diese ungerechte Entscheidung kommt der Schliessung der grössten Kindertagesstätte der Schweiz gleich: Dieses ein Jahr länger arbeiten wird Zehntausende von meist kostenlosen Kinderbetreuungsstunden verunmöglichen, die junge Grosseltern im Ruhestand für berufstätige Familien leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Milliarden öffentlicher Gelder für grosse Privatunternehmen einzusetzen, die Arbeitszeit zu erhöhen und ein Sparprogramm gerade dann einzuleiten, wenn die Fixkosten massiv steigen, das ist das Programm der wirtschaftlich und politisch Mächtigen in unserem Land und anderswo. Das hat nichts mehr mit der Verteidigung des Allgemeinwohls zu tun. Das Programm im Interesse des Allgemeinwohls ist jenes, das wir vorschlagen: Die Löhne an die Lebenshaltungskosten anpassen, die AHV-Renten erhöhen, die ungerechteste Steuer senken, nämlich die Krankenkassenprämie, indem sie in der ganzen Schweiz auf 10 Prozent des Nettoeinkommens begrenzt wird. Unser Programm ist nicht teurer als das der bürgerlichen Parteien und der Unternehmerkreise, im Gegenteil. Es ist einfach gerechter. Es entspricht einfach den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden ihre billige Propaganda nicht schlucken. Es gibt keine Lohn-Preis-Spirale, die es rechtfertigen würde, die Löhne nicht anzupassen. Vielmehr gibt es eine Preis-Profit-Spirale im Bereich der Energie, der Mieten oder des Lebensmittelhandels. Es gibt keine demografische Rechtfertigung für die Zerschlagung unseres Rentensystems. Und es gibt keine Rechtfertigung dafür, unsere Gesellschaften durch eine nicht enden wollende Austeritätspolitik immer ärmer werden zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können unsererseits «too big to fail» werden, wir können dafür sorgen, dass die Interessen der Arbeitswelt von den wirtschaftlich und politisch Mächtigen besser respektiert werden. Dazu müssen wir uns zusammenschliessen, versammeln und organisieren.

Genau das tun wir an diesem 1. Mai, hier in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Wir solidarisieren uns an diesem Tag mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt, die für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen, welche die Arbeit besser respektiert. Wir unterstützen unsere Kolleginnen und Kollegen in Frankreich, die für die Verteidigung ihrer Renten kämpfen, die von einer radikalisierten liberalen Macht angegriffen werden. Wir unterstützen die Streikenden in Deutschland, England, Italien und überall sonst, die für bessere Löhne kämpfen.

Wir sind auch solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine, die gegen einen Invasor kämpfen und ihr Recht zurückgewinnen wollen, in Frieden zu leben und zu arbeiten. Wir sind solidarisch mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in allen Ländern, in denen Krieg herrscht, damit der Frieden und die soziale Gerechtigkeit voranschreiten und sich weltweit durchsetzen.

Indem wir uns organisieren, uns zusammenschliessen und gemeinsam langfristig kämpfen, wird uns bewusst, dass die Welt der Arbeit so gross ist, dass sie nicht scheitern kann. «Too big to fail». Organisieren wir uns also, versammeln wir uns, an diesem 1. Mai, am kommenden 14. Juni für den

Feministischen Streik, in diesem Herbst, damit die fortschrittlichen Kräfte die eidgenössischen Wahlen gewinnen! Engagieren wir uns bei den Abstimmungen vom kommenden März für eine Obergrenze der Krankenkassenprämien und eine Verbesserung der AHV-Renten. Stärken wir die Gewerkschaftsbewegung, mobilisieren wir uns. Wir wissen, dass wir uns nur so Respekt verschaffen können.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit